

X Abbau von kantonalen Weiterbildungsangeboten?

Der Titel und der Artikel zum Thema Weiterbildung im Kanton Zürich («Aeppli will die Weiterbildung umpflügen», NZZ 30. 9. 05) erwecken den Eindruck, es handle sich beim kantonalen Weiterbildungsangebot um ein reich bestelltes Feld, das durch «Umpflügen» noch fruchtbarer gemacht werden soll. In Wirklichkeit geht es um Abbaumassnahmen, vor allem bei den Sprachen und der Allgemeinbildung. Diese sollen nicht mehr vom Kanton, sondern von Privaten angeboten werden. Grundsätzlich müssten bei den verbleibenden öffentlichen Angeboten, zum Beispiel an Berufsschulen, die vollen Kosten verrechnet werden, damit die privaten Anbieter nicht benachteiligt würden. Damit will der Kanton einem «neoliberalen» Passus des neuen Berufsbildungsgesetzes (BBG) nachkommen, der verlangt, dass durch Massnahmen des Gesetzes keine ungerechtfertigten Wettbewerbsverzerrungen entstehen dürfen. Es gibt im BBG aber auch «sozialpolitische» Postulate wie «Ausgleich der Bildungschancen» und «tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann» und die Forderung an die Kantone, für ein «bedarfsgerechtes Angebot an berufsorientierter Weiterbildung» zu sorgen.

Bildungsdirektorin Regine Aeppli will einen Kriterienkatalog ausarbeiten lassen, der festlegt, welche Kurse weiterhin vom Kanton angeboten und/oder unterstützt werden. Dafür muss man nicht bei null beginnen. Die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) ist daran, Empfehlungen über die «Weiterbildung und andere Qualifikationsverfahren» zu erlassen. Darin werden auch solche Angebote als förderungswürdig bezeichnet, welche der Kanton Zürich streichen möchte, z. B. politische Bildung, interkultureller Austausch, und die Konsequenzen der Migration. Erwähnt wird auch das Nachholen eines Volksschulabschlusses oder eines Lehrabschlusses, wozu ja auch Sprachen und Allgemeinbildung gehören. Erwachsene, die dazu bereit sind, brauchen und verdienen Unterstützung, unter anderem durch günstige öffentliche Kursangebote. Sonst nimmt das ohnehin schon grosse Bildungsgefälle in der Schweiz noch weiter zu. Gemäss einer OECD-Studie haben Personen mit geringem Bildungsrucksack in den skandinavischen Ländern entscheidend grössere Möglichkeiten, ihren Rückstand abzubauen. Ist das mit ein Grund für die im internationalen Wettbewerb hervorragende Konkurrenzfähigkeit dieser Länder?

Ruedi Jörg-Frohm (Zürich)

Breites Angebot privater Anbieter

Die Behauptung von Regierungsrätin Regine Aeppli (NZZ 30. 9. 05), dass der Staat im Bereich Deutsch für Fremdsprachige handeln müsse, ist eine reine Erfindung. Es gibt nämlich ein breites Angebot an niederschweligen, qualitativ hoch stehenden Deutschkursen von privaten Anbietern und genügend private Schulen mit einer unabhängigen Qualitätssertifizierung. Auch die Steuerzahlenden werden doppelt zur Kasse gebeten: Erstens bezahlen sie unnötigerweise nötige Weiterbildungsmassnahmen, und zweitens berappen sie auch noch die Subventionen für die sprachliche Integration der Arbeitslosen zu überhöhten Preisen. Bei einer ehrlichen und offenen Rechnung sähe man deutlich, dass der Kanton auch in diesem Bereich nicht konkurrenzfähig arbeiten kann.

Alexandra Papadopoulou (Zürich)

Auch für kleine Budgets

Als Ausbilderin leite ich seit 14 Jahren Kurse im Bereich «Deutsch für Deutschsprachige» sowohl an der kantonalen Berufsschule für Weiterbildung EB Zürich als auch bei privaten Trägerschaften, Betrieben, Verwaltungen und Hochschulen. Viele Teilnehmende meiner Kurse nehmen ebenfalls Weiterbildungsangebote bei unterschiedlichen Institutionen wahr. Es ist deshalb nicht haltbar, private und öffentliche Angebote in der Weiterbildung gegeneinander auszuspielen, wie es in der NZZ vom 21. und 22. 9. 05 geschieht. Ein Grundproblem der Schweiz ist, dass sich zu wenig Erwachsene weiterbilden – insbesondere Nichterwerbstätige (Pensionierte, Hausfrauen, Erwerbslose).

Ein grosses Plus der EB Zürich ist, dass sie dank ihrem Kursprogramm ein breites Angebot macht, das neben Erwerbstätigen auch Nichterwerbstätige wahrnehmen können: Auch Menschen mit kleineren Budgets können hier ihren Bildungshunger stillen – im gleichen Zimmer wie Gutbetuchte. Der Austausch, der zwischen den Teilnehmenden stattfindet, fördert neben dem Erwerb von Sachkompetenz auch die Sozialkompetenz und den Respekt für unterschiedliche Lebenssituationen. Besonders für Frauen ist die EB Zürich ein wichtiger Ort für Weiterbildung, da Frauen ihre Weiterbildung öfter selber bezahlen müssen als Männer und deshalb auf moderate Preise besonders angewiesen sind. Aber auch die NZZ gewinnt durch die EB Zürich: Dank der Förderung und Erhaltung guter Sprachkompetenzen im Deutschen können Erwachsene auch die NZZ lesen und verstehen.

Madeleine Marti (Zürich)

Weiterbildung ist keine Last für den Staat

Schon der Titel des Artikels «Billige Kurse zu Lasten der Staatskasse» (NZZ 21. 9. 05) ist polemisch und falsch: Kurse und Lehrgänge in beruflicher Weiterbildung sind für den Staat keine Last, sondern eine Investition in die Zukunft des Wirtschaftsstandorts. Wenn der Autor schreibt, das Weiterbildungsangebot der kantonalen Berufsschulen verursache dem Staatshaushalt «erhebliche Verluste», so rechnet er schlichtweg falsch. Er stellt die Kursgelder privater Anbieter den Angeboten der EB Zürich gegenüber und behauptet, da werde planwirtschaftlich ein funktionierender Markt verzerrt. Der Kanton führt jedoch kein Weiterbildungsgeschäft, sondern er investiert in die berufliche Kompetenz und Mobilität der Arbeitnehmenden und Kleinunternehmer. Er leistet Bildungsarbeit für kleine und mittlere Unternehmen und Selbständigerwerbende, die keine eigenen Schulungsabteilungen führen können. Es wird also kein Steuergeld zum Fenster hinausgeworfen, denn das investierte Geld fliesst wieder in die Staatskasse zurück: in Form eingesparter Sozialausgaben und als Steuergeld von Einzelnen und Firmen, die dank Weiterbildung mehr verdienen. Die EB Zürich im Bildungszentrum für Erwachsene, das der Kanton Ende Sommerferien im Seefeld eröffnet hat, ist bezüglich Angebot und Einrichtung eine der modernsten Schulen für berufliche Weiterbildung im Land. Wird diese Investition kurzfristig kaputtgespart, dann hat der Kanton wirklich Steuergeld in den Sand gesetzt.

Emil Zopfi (Zürich)